

Sonderausgabe

Schriften zur Europäischen Integration



CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

Europa handlungsfähig halten!

Staatsschuldenkrise meistern – Transferunion verhindern



**Europa handlungsfähig halten!
Staatsschuldenkrise meistern – Transferunion verhindern**

von Dr. Werner Langen MdEP

10. September 2011

Europa handlungsfähig halten! Staatsschuldenkrise meistern – Transferunion verhindern

Die Europäische Union mit ihren heute 27 Mitgliedstaaten ist ein weltweit anerkanntes politisches Modell zur Sicherung von Frieden und Wohlstand für 500 Millionen Menschen auf unserem Kontinent. Viele europäische Errungenschaften sind selbstverständlich geworden. Die Herausforderungen und Chancen Europas in einer globalisierten Welt erfordern allerdings neue Antworten.

Die Mitgliedstaaten Europas haben den Einigungsprozess überwiegend auf wirtschaftlichem Gebiet vorangetrieben. Mit der Schaffung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes sind Grenzen beseitigt und Protektionismus zurück gedrängt worden. Insbesondere der europäische Binnenmarkt ist ein politisches und wirtschaftliches Erfolgsmodell, von dem Deutschland als exportstarke Nation besonders profitiert hat. Die Exportstärke Deutschlands heute beruht nicht unwesentlich auf der gestiegenen Wettbewerbsfähigkeit in der EU.

Mit dem Maastrichter Vertrag von 1991 ist der Binnenmarkt mit der gemeinsamen europäischen Währung, dem Euro, erheblich weiterentwickelt worden. Im Mai 1998 ist der Start mit 11 Mitgliedstaaten der Eurozone beschlossen worden, die sich nach den strengen Kriterien des Maastrichter Vertrages bzw. den Zusagen für die Einhaltung der Kriterien qualifizieren konnten. Damals war insbesondere der Beitritt Italiens und Belgiens umstritten. Aus diesem Grunde hat die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl und Finanzminister Theo Waigel darauf gedrängt, dass die Einführung des Euro, bei dem die zentrale Geld- und Währungspolitik in der Verantwortung der unabhängigen Europäischen Zentralbank und die dezentrale Haushalts- und Finanzpolitik in der Verantwortung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union liegen, durch einen Stabilitäts- und Wachstumspakt ergänzt wird, an den sich alle zu halten verpflichtet haben.

A. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt in der Bewährungsprobe

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat bis heute nicht an Bedeutung verloren. Es hat sich gezeigt, dass sich einige Staaten an die Bedingungen, die sie selbst beschlossen haben, nicht gehalten haben. Die Rot-Grüne Bundesregierung Schröder/Fischer hat trotz vielfältiger Bedenken und Gegenstimmen im Jahre 2000 die nachträgliche Aufnahme von Griechenland in die Eurozone durchgesetzt. Es war auch die Rot-Grüne Bundesregierung, die gemeinsam mit Frankreich in den Jahren 2002, 2003 und 2004 mehrfach die Verschuldungsgrenzen des Stabilitäts- und Wachstumspakts verletzt hat.

Die beiden größten Mitgliedstaaten der Eurozone haben deshalb die Hauptverantwortung bei der Aushöhlung des Stabilitäts- und Wachstumspakts im letzten Jahrzehnt. Nach einer Klage der Europäischen Kommission vor dem Europäischen Gerichtshof ist vor der Bundestagswahl 2005 der Stabilitäts- und Wachstumspakt im Sinne der Ausgabenfreude von Deutschland und Frankreich „flexibilisiert“, das heißt konkret entschärft worden.

Von 1999 bis zum Jahresende 2007, dem Beginn der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise, haben auf der Grundlage des Maastrichter Vertrages die meisten Mitgliedstaaten der Eurozone die Verschuldung deutlich abgebaut, bzw. auf vergleichsweise niedrigem Niveau stabilisiert. Bestes Beispiel dafür ist Belgien, das in diesem Zeitraum seine Staatsverschuldung von 113,7% des jährlichen Sozialproduktes auf 84,2 % abgebaut hat sowie Italien, das seine Staatsverschuldung von 113,7% auf immerhin 103,6% reduzieren konnte. Lediglich vier Länder haben in diesem Zeitraum die Verschuldung weiter erhöht und zwar Deutschland um 4 Prozentpunkte auf 64,9%, Frankreich um 5 Prozentpunkte auf 63,9%, Griechenland um 11,4 Prozentpunkte auf 105,4% und Portugal um 18,7 Prozentpunkte auf 68,3%. Man kann also zu Recht sagen, dass bis zur Finanzmarktkrise der Stabilitäts- und Wachstumspakt einigermmaßen verlässlich eingehalten wurde und gegriffen hat.

Dies ist auch der Grund dafür, dass der Euro in den ersten 10 Jahren seines Bestehens ein uneingeschränkter Erfolg war. Er ist stabil nach innen mit extrem niedrigen Inflationsraten und stabil nach außen gegenüber der Leitwährung Dollar und gegenüber den wichtigsten Währungen aufstrebender Schwellenländer.

B. Die Krise der Eurostaaten folgt einem „roten“ Faden.

Die aktuellen Probleme sind keine Krise des Euros, sondern eine Krise der Staatsverschuldung. In den Jahren 2008 und 2009 ist mit dreistelligen Milliardensummen versucht worden, die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise, insbesondere nach der Lehman-Pleite am 15. September 2008, zu überwinden. Die deutsche Bundesregierung hat diesen Weg trotz internationaler Vorwürfe und Aufforderungen nicht mitgemacht, sondern stattdessen die Notwendigkeit der Haushaltskonsolidierung über die „Schuldenbremse“ im Grundgesetz verankert. In vielen Ländern, insbesondere in den USA und der EU, ist die Staatsverschuldung erheblich angestiegen.

Während im ersten Jahrzehnt des Euros, insbesondere die höher verschuldeten Länder, erhebliche Vorteile durch die gemeinsame Währung verzeichnen konnten, indem sie erheblich weniger Zinsen für die Staatsschulden bezahlen mussten, hat die weltweite Finanzkrise nach der Rettung systemrelevanter Banken die jeweilige staatliche Verschuldung in den Vordergrund der Risikoeinschätzungen gerückt. Während Deutschland mit der Schuldenbremse und mit Reformen am Arbeitsmarkt und in der sozialen Sicherung den Strukturwandel offensiv angegangen ist, haben andere Länder die Vorteile der niedrigen Zinsen für Ihre Staatsverschuldung nicht für überfällige Strukturreformen genutzt, sondern munter weiter „konsumiert“.

Mit Ausnahme von Griechenland (in dem es von 2003 – 2009 eine konservativ orientierte Regierung gegeben hat), sind alle EU-Länder, die in Problemen sind oder waren, sozialistisch bzw. sozialdemokratisch regiert worden. Portugal, Spanien, Deutschland (bis 2005), Griechenland vor 2003 und nach 2009, Irland innerhalb der Eurozone sowie Großbritannien, Ungarn und Lettland außerhalb der Eurozone. Wie ein roter Faden zieht sich deshalb durch die jetzigen Krisenländer die sozialdemokratische Verantwortung und Verschuldungspolitik.

Die Situation in den betroffenen Mitgliedstaaten der Eurozone ist sehr unterschiedlich. Während in Griechenland extrem hohe Staatsverschuldung, aufgeblähter öffentlicher Sektor und mangelnde Strukturreformen die Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft stark eingeschränkt haben, leidet Portugal traditionell unter einer historischen Strukturschwäche, die nicht von heute auf morgen zu beseitigen sein wird. Spanien wiederum hat in den zwei Regierungsperioden der jetzigen sozialistischen Regierung die Grenzen für 6 Millionen Einwanderer geöffnet und mehr als 2 Millionen von ihnen die Staatsbürgerschaft gegeben, wenig gegen eine exorbitant hohe Arbeitslosigkeit von über 20% unternommen und eine extrem hohe private Verschuldung zu verzeichnen.

Außerhalb der Eurozone haben die sozialistischen Regierungen in Lettland und in Ungarn überfällige Reformen nicht durchsetzen können und wollen und sind deshalb in die Probleme geraten. Irland ist das Opfer der Bankenkrise geworden, weil die Iren durch wettbewerbsverzerrende Steuerpolitik und lasche Aufsichtsregeln am Finanzmarkt Banken haben entstehen lassen, deren jeweilige Bilanzsumme bis zum Dreifachen des irischen Sozialproduktes erreichte. Das irische Defizit ist durch Bestandsgarantien der irischen Regierung allein im Jahre 2010 um 30,6 Prozentpunkte angestiegen.

Dem gegenüber sind Belgien und Italien, trotz ihrer hohen Gesamtverschuldung, wirtschaftlich und finanzpolitisch stabil geblieben. Dies liegt im Wesentlichen in Italien daran, dass die Hälfte der italienischen Staatsanleihen von italienischen Bürgern gehalten werden und damit das Problem der Auslandsverschuldung und der Marktrelevanz geringer ist.

In Belgien wie auch in Norditalien steht der relativ hohen öffentlichen Verschuldung ein privater Reichtum gegenüber, der im Zweifelsfall zur Finanzierung des Staatsdefizites herangezogen werden könnte. Diese Möglichkeit hat sich in Griechenland nicht ergeben, weil viele Griechen weder Steuern zahlen noch Verantwortung für ihr Heimatland gezeigt haben, indem sie allein im ersten Halbjahr 2011 über 30 Milliarden Euro dem griechischen Bankensektor entzogen haben.

Der von der Rot-Grünen Bundesregierung durchgesetzte nachträgliche Beitritt Griechenlands zur Eurozone hat sich spätestens in den letzten beiden Jahren als falsch erwiesen. Die Reformunwilligkeit und Unfähigkeit der griechischen Gesellschaft und der griechischen Regierungen hat das Land an den Rand des Staatsbankrotts geführt.

Um die richtigen Schlussfolgerungen aus der Staatsschuldenkrise zu ziehen, muss man die unterschiedlichen Ausgangsszenarien und politischen Strukturen ausreichend berücksichtigen. In Deutschland ist es gemeinsam gelungen, nicht nur Reformen durchzusetzen, sondern auch mit Unternehmern und Gewerkschaften eine zurückhaltende Lohnpolitik zu vereinbaren. Nicht zuletzt auf dieser Grundlage hat sich die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft im letzten Jahrzehnt gegenüber Spanien, Portugal, Griechenland um über 20% verbessert. Großbritannien hat dem gegenüber als Mitgliedstaat außerhalb der Eurozone voll auf die Finanzwirtschaft gesetzt und ist deshalb besonders hart von der Finanzmarktkrise betroffen. Ein starker gewerblicher und industrieller Mittelstand sowie international wettbewerbsfähige Unternehmen haben dazu geführt, dass Deutschlands Rolle in der Weltwirtschaft auch in der Krise weiter gefestigt wurde.

C. Stabilisierung der EUROZONE vertragskonform gestalten

Die Staatsschuldenkrise ist für die Eurozone die erste Bewährungsprobe. Auch wenn der frühere amerikanische Notenbankchef Greenspan jüngst wieder das Ende des Euros prophezeit hat, ist der Euro längst in die Rolle einer zweiten Reservewährung hineingewachsen, in der mittlerweile rund ein Viertel aller Währungsreserven weltweit gehalten werden. Greenspan, der schon bei der Gründung des Euros das Ende „vorausgesagt“ hat, will von der extrem hohen Verschuldung der USA (und auch Japans) ablenken, die im Jahre 2011 weitaus höher sind als im Durchschnitt der Eurozone (USA 98,3 Prozentpunkte des Sozialproduktes und Japan 236,1 Prozentpunkte).

Auf der Grundlage einer nüchternen Bestandsaufnahme sind folgende Schlussfolgerungen zu ziehen:

1. Regulierung der Finanzmärkte vorantreiben.

Die weltweit möglichst einheitliche Regulierung der Finanzmärkte muss jetzt zügig umgesetzt werden, die begonnenen Projekte und die vorgeschlagenen Regulierungen wie verabredet Ende 2012 in Kraft treten. Risiko und Verantwortung müssen wieder stärker verknüpft werden, die maßlose Aufblähung des Finanzmarktes gebremst, die weltweiten Finanzmarktprozesse „entschleunigt“ werden. Mehr Transparenz und höhere Haftung sowie eine einheitliche Aufsicht sind die Mindestbedingungen.

Dabei ist entgegen den öffentlichen Behauptungen die Bundesregierung tatkräftig und auch gegen Widerstände vorangegangen. Das Verbot der Leerverkäufe, die Vorschläge zur Finanzmarkttransaktionssteuer und des Bankenrestrukturierungsgesetz sind positive Beispiele, die nicht gewürdigt wurden (z.B. von DGB-Chef Sommer)

2. Stabilitätspakt stärken.

Der Stabilitäts- und Wachstumspakt hat sich als richtig erwiesen, auch wenn die Verstöße in einigen Mitgliedstaaten seine Wirksamkeit erheblich eingeschränkt haben.

Die von Rat und Parlament und der EU-Kommission vorgesehene Verschärfung des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit automatischen Sanktionen ist deshalb unabdingbar und sollte in den nächsten zwei Monaten unter polnischer Ratspräsidentschaft verabschiedet werden.

Die Forderung der deutschen Bundesregierung, die Schuldenbremse in den Verfassungen der Euromitgliedstaaten zu verankern, ist richtig. Die Forderungen von Europäischem Parlament und Kommission, automatische Sanktionen bereits im vorbeugenden Bereich des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu beschließen, müssen auch von Deutschland und Frankreich unterstützt werden. Die Zinszahlungen, die für Rettungsmaßnahmen zu erbringen sind, dürfen die Markteffekte nicht zu Nichte machen und keinen Anreiz für ein Fortschreiten der übermäßigen Verschuldung bieten. Die Staaten, die sich unter den Eurorettungsschirm begeben, müssen einen Teil ihrer nationalen Souveränität abgeben.

3. Griechenlandhilfe auf Solidarität und Eigenverantwortung gründen

Die Hilfsmaßnahmen für Griechenland sind notwendig und auf der Grundlage der beschlossenen griechischen Reform- und Sparprogramme verantwortbar. Wenn auch die Höhe der beiden Hilfspakete für viele Menschen schwer nachvollziehbare Dimensionen erreicht, ist erst durch die beschlossenen Maßnahmen eine Beruhigung an den Märkten möglich geworden. Die durchgesetzte freiwillige Gläubigerbeteiligung ist ein wichtiger Schritt. Ob ein späterer, weiterer Schuldenschnitt notwendig werden könnte, hängt von Griechenland ab. Dies ist allerdings nicht ausgeschlossen.

4. Die Rolle der EZB respektieren

Da die Entscheidungsprozesse in der Eurozone langwierig sind und durch die notwendige Einbindung der nationalen Parlamente nicht mit der Geschwindigkeit der Märkte zu vereinbaren sind, hat sich die Europäische Zentralbank gezwungen gesehen, vorübergehend zur Stabilisierung der Mitglieder der Eurozone und um Ansteckungseffekte zu vermindern, auf dem so genannten „Sekundärmarkt“ Staatsanleihen hochverschuldeter Länder zum jeweiligen Marktkurs aufzukaufen. Die öffentlich geäußerte Kritik an dieser Verhaltensweise der Europäischen Zentralbank zuletzt von Bundespräsident Wulff, die auch aus der Sicht der EZB nur eine Notlösung ist, ist unter dem Aspekt der Unabhängigkeit und der Verantwortung für die Eurozone und die Preisstabilität falsch. Aktionen auf dem Sekundärmarkt sind nach dem Statut der EZB ausdrücklich vorgesehen, dürfen allerdings nur vorübergehender Natur sein.

5. Die Finger von EUROBONDS lassen

Die Forderung von Sozialisten und Grünen statt der individuellen Verantwortung für den Abbau der Staatsverschuldung in den jeweiligen Mitgliedstaaten der Eurozone weitgehend bedingungslos Eurobonds aufzulegen und damit sowohl gegen Art. 125 EU-Vertrag, als auch gegen den Stabilitäts- und Wach-

tumspakt zu verstoßen, reiht sich ein in die Verschuldungspolitik sozialistischer Regierungen in der Eurozone im letzten Jahrzehnt. Eurobonds im engeren Sinne, das heißt die gemeinsame Schuldenaufnahme der Mitgliedstaaten der Eurozone, erfordert eine gemeinsame Haushalts- und Finanzpolitik und konkrete Durchgriffsrechte der Europäischen Institutionen auf die nationalen Haushalte im Konfliktfall. Ohne diese Voraussetzungen wären Eurobonds der sichere Weg in eine Transferunion. Notwendig sind dagegen eigenverantwortlicher Schuldenabbau, Reformbereitschaft und die strikte Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts, um die Mitgliedstaaten der Eurozone zu stabilisieren und nicht zum Spielball von intransparenten Märkten werden zu lassen.

6. Rettungsschirme an Schuldenabbau knüpfen

Der Europäische Rettungsfond EFSF, der jetzt in den Mitgliedstaaten im Detail ausgehandelt und von den Parlamenten beschlossen werden soll, wird die Funktionen des schon früher von Finanzminister Schäuble vorgeschlagenen Europäischen Währungsfonds übernehmen müssen und damit sowohl die Notmaßnahmen der Europäischen Zentralbank ablösen können, als auch über die notwendige Flexibilität für wirksame Markteingriffe verfügen müssen. Die Einbeziehung von Gläubigern im Konfliktfall muss für den ab 2013 geplanten Rettungsschirm ESM konstitutives Element sein. Die bisher verabredete freiwillige Beteiligung des Privatsektors war rechtlich nicht anders zu gestalten.

Die Aufkäufe der EZB am Sekundärmarkt beinhalten eine solche Beteiligung bereits, weil die EZB Staatsanleihen nicht zum Nennwert, sondern zum Marktkurs aufkauft.

Die Entscheidung der Mitgliedstaaten der Eurozone Liquiditätshilfen zur Marktstabilisierung für Griechenland zu gewährleisten, ist auf Druck der deutschen Bundesregierung nur unter harten Sparauflagen und Reformen gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds durchgesetzt worden. Insbesondere die Sozialdemokraten haben in Deutschland und Europa die Bundesregierung wegen ihrer harten Verhandlungsführung kritisiert, da sie selbst ohne wirksame Auflagen Griechenland „retten“ wollten.

7. No-bail-out Klausel uneingeschränkt zur Geltung bringen

Die europäischen Verträge verbieten die direkte Finanzierung und Schuldenübernahme eines oder mehrerer Mitgliedstaaten für andere Mitgliedstaaten. Die in Art. 125 EU-Vertrag festgelegte no-bail-out-Klausel ist nach wie vor in Kraft. Die auf der Grundlage in Art. 122 und 136 gefundenen Lösungen für die Griechenlandhilfe und die so genannte Europäische Finanzstabilisierungsfazilität werfen allerdings erhebliche Rechtsprobleme auf. Alle 17 Mitgliedstaaten

und je nach Verfassungslage auch die Parlamente der meisten Mitgliedstaaten müssen dem Rettungsfonds zustimmen.

Der Kern der Debatte in Deutschland ist die Frage, in wie weit die Haushalts- und Finanzhoheit der nationalen Staaten ausgehöhlt werden könnte und ob mit diesen Beschlüssen der Weg in eine Transferunion fernab vom Stabilitäts- und Wachstumspakt begonnen würde. Das Ringen um verfassungskonforme Lösungen im Deutschen Bundestag, die der Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht standhalten, ist deshalb notwendig und richtig.

8. Politische Herausforderungen schnell und entschlossen meistern

Die Stabilisierung der Eurozone ist eine politische Herausforderung ersten Ranges, die in der deutschen Politik allerhöchste Priorität haben muss. Gerade weil Deutschland vom Euro bisher erheblich profitiert hat und das auch in Zukunft tun wird, müssen wir an einer politischen, wirtschaftlichen Stabilisierung größtes Interesse haben. Der Austritt Deutschlands aus dem Euro würde unsere Exportfähigkeit und den Sozialstaat in erhebliche Schwierigkeiten bringen, angesichts des scharfen demographischen Wandels.

Die internationalen Verabredungen, den Finanzmarkt sicherer und transparenter zu machen und „jedes Produkt, jeden Akteur und jeden Markt zu regulieren“ (Beschluss der G20) sowie Risiko und Verantwortung wieder zueinander zu führen, erfordert weitgehende Maßnahmen der gemeinsamen Aufsicht, der Risikominderung durch Eigenkapital, der Trennung von Beratung und Bewertung, der überzogenen Anreize in der Besoldungsstrukturen (Bonni) und der Entschleunigung der Märkte.

Insbesondere die Entschleunigung der Märkte, das Verbot von Leerverkäufen und die Eigenkapitalunterlegung für Finanzmarktprodukte können dazu beitragen, dass die weltweiten Transaktionen mit Milliarden Gewinnen sich wieder stärker an realen wirtschaftlichen Vorgängen orientieren müssen. Wenn Marktakteure in Sekunden durch „Marktmanipulationen und Gerüchte“ Millionen „verdienen“ können, muss hier angesetzt werden. Zu fordern sind marktkonforme Mindesthaltungsfristen für Finanzprodukte, insbesondere für Staatsanleihen, Kreditausfallversicherungen und Derivate.

Automatisierte Computersysteme großer Anleger und überzogene Reaktionen der Börsenakteure nach oben und nach unten haben zu erheblichen Unsicherheiten geführt und die Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber dem Markt in Zweifel gezogen. Die Rettungsschirme für hochverschuldete Euroländer sind ein aktiver Beitrag zur Beruhigung der Märkte und zur Stabilisierung unserer Wirtschaft und unseres Sozialsystems.

Der Ausschluss eines Mitgliedslandes aus der Eurozone würde unabsehbare Folgen für die Stabilität der Eurozone und die künftige Staatenfinanzierung aufwerfen. Jeder Staat muss auch in Zukunft für seine Staatsverschuldung und für die Strukturreformen selbst verantwortlich bleiben. Dieser Grundsatz des Maastrichter Vertrages, der im Artikel 125 EU-Vertrag (No-bail-out-Klausel) festgelegt wurde, darf nicht außer Kraft gesetzt werden.

9. Deutschlands und Europas Rolle in der Welt durch stabilen Euro stärken

Die Zukunft des Euro entscheidet über die künftige Rolle Europas in einer globalisierten Welt. Nur wenn wir Europa stabil halten und der Euro seine Rolle als zweite Reservewährung wahrnehmen kann, wird es uns gelingen, den Finanzmarkt zu stabilisieren und die Europäische Union als wichtigen Partner in der Welt zu sichern.

Die Bundesregierung hat mit ihrem beharrlichen Eintreten für Schuldenabbau und klaren Stabilitätsregelungen ihre Verantwortung erfolgreich wahrgenommen. SPD und Grüne wollen weitgehend bedingungslose Hilfen für hochverschuldete Staaten zu Lasten der deutschen Steuerzahler unterstützen. Das werden wir verhindern.

10. Euro als starke Währung festigen

Der Euro ist stabil nach innen und außen, mit niedriger Inflationsrate und einem sehr guten Außenwert. Er war auch nie mit einigen Ausnahmen (vor allem Gastronomen und Einzelhändler haben die Preise massiv bei der Einführung erhöht) ein „Teuro“. Der Euro bringt Deutschland erheblich mehr Vorteile als Kosten. Deutschland ist der größte Profiteur des einheitlichen Europäischen Binnenmarktes mit der gemeinsamen Währung.

Höhere Zinsen für Staatsanleihen zeigen Strukturunterschiede und Wettbewerbsprobleme. Vor der Euroeinführung war das so und heute ist es wieder so. Jeder Staat haftet selbst für seine Staatsschulden. So muss es trotz der Hilfen aus dem Rettungsschirm auch bleiben. Auch Deutschland ist trotz steigender Steuereinnahmen und der Schuldenbremse mit über 80% des Sozialproduktes verschuldet. Schuldenabbau ist deshalb eine europaweite Verpflichtung aller Mitgliedstaaten der EU.

Alle anderslautenden „Rezepte“ der Vergangenheit haben jeweils in höhere Verschuldung, höhere Inflationsraten und höhere Arbeitslosigkeit geführt.

Europa gestalten - Chancen jetzt nutzen

Die Staatsschuldenkrise und die vermeintliche Schwäche der Staatengemeinschaft gegenüber den weltweiten Finanzmärkten haben das Vertrauen vieler Deutscher in Europa und den Euro erkennbar erschüttert. Die CDU ist in den Augen der deutschen Wähler die „Europapartei“ mit wachsender(!) Kompetenzzuweisung. Das Vertrauen in den Euro und in Europa ist dagegen stark gefallen. Die Sorge um Europa und den Euro ist erstmals seit langem wieder in die Liste der wichtigsten Themen aufgerückt. Dies ist Chance und Verpflichtung zugleich. Die Unionsparteien sind schicksalhaft mit Europa verbunden. Ein Zurück zur D-Mark wollen immer weniger Deutsche. Der Vertrauensverlust trifft deshalb die Union am stärksten. Andererseits sind die Deutschen zunehmend stolz, dass unser Land eine größere Rolle in der Welt spielt. Für die Politik ergibt sich daraus der klare Auftrag, Motor Europas zu bleiben und die Probleme beherzt und dauerhaft mit unseren Partnern zu lösen.

Die CDU unterstützt die Maßnahmen der Bundesregierung, in Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten der Eurozone die Schuldenbremse durchzusetzen, die Eigenverantwortung für den Schuldenabbau zu stärken und alles zu tun, um den Euro als erfolgreiche und stabile Währung auf Dauer zu erhalten. Dass dabei das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und die Europäischen Verträge streng geachtet werden müssen, ist für die CDU eine Selbstverständlichkeit. Wir erwarten deshalb von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages sowie von den europäischen Institutionen, dass sie in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich schnell und verlässlich gemeinsam mit der Bundesregierung Lösungen anstreben, die das Vertrauen der Bürger zurück gewinnen.

Für die CDU ist das Vertrauen in die eigene Währung eine der wichtigsten Voraussetzungen für Wohlstand und soziale Sicherheit. Wir setzen deshalb mit Nachdruck auf das Modell der Sozialen Marktwirtschaft, in dem Risiko und Verantwortung wieder in Einklang gebracht werden müssen. Überzogene Gier und panische Angst dürfen nicht länger die Richtschnur der Märkte mit selbstzerstörerischen Folgen für Wohlstand, soziale Sicherheit und eine verlässliche Währungs- und Finanzpolitik bleiben.

Die Überwindung der Staatsschuldenkrise fordert mehr europäische Kompetenzen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Vertragsänderungen und damit verbundenen nationalen Souveränitätsverzicht: Sie fordert vor allem aber entschlossenes Handeln und wirksame Instrumente. Ob die aktuelle EU-Kommission dazu in der Lage und willens ist, bleibt fraglich. Von den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten ist ein mutiger Schritt zu mehr Europa gefordert.

PS: Das eher positive Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 07. September 2011 und der überraschende Rücktritt von EZB-Chefvolkswirt Prof. Stark ändern nichts an den grundsätzlichen Überlegungen, zeigen allerdings deutlich, dass ein einfaches „weiter so“ nicht reichen wird, sondern Vertragsänderungen erforderlich sind.

Schriften zur Europäischen Integration

Bisher in dieser Reihe erschienen:

Neuausrichtung der EU-Strukturpolitik nach 2013

Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
Juli 2010

Gemeinsame Agrarpolitik nach 2013

Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
24. November 2010

Europäische Energiepolitik

Stellungnahme der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
zur aktuellen energiepolitischen Debatte
15. Februar 2011

Für einen sparsamen, zukunftsgerichteten Haushalt

Positionspapier der CDU/CSU-Gruppe zur künftigen Finanzierung
der Europäischen Union
1. März 2011

Sonderausgaben

Sind Eurobonds sinnvoll und verantwortbar?

von Burkhard Balz MdEP und Dr. Werner Langen MdEP
20. August 2011

Europa handlungsfähig halten! Staatsschuldenkrise meistern – Transferunion verhindern.

von Dr. Werner Langen MdEP
10. September 2011

Alle Ausgaben können unter www.cducusu.eu abgerufen werden.

CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 0049-30-22775775, Fax 0049-30-22776958
info@cducsu.eu | www.cducsu.eu

Redaktion: Stephan Mock
Gedruckt in Deutschland
Stand: September 2011

www.cducsu.eu

CDU/CSU-Gruppe in der
EVP-Fraktion
im Europäischen Parlament

